

Protokoll Netzwerk Antidiskriminierung am 24.02.2016 in der ADE

Teilnehmer_innen: Hilke Wiezoreck und Jasmin Kaya (Senatorin für Soziales/ Referat Integrationspolitik), Bärbel Reimann (ZGF), Caro Schulze und Yeliz Elze (Rat und Tat), Sewita Mebrahtu (ADA), Kai Baumann (Büro des Landesbehindertenbeauftragten), Almut Dietrich und Ursel Gerdes (ADE),

1. Berichte zu aktuellen Themen, Projekten, Veranstaltung der Netzwerk-Teilnehmer_innen zum Arbeitsbereich Antidiskriminierung

Ergebnisse und Erfahrungen der Fortbildung zu Beschwerdestellen am 18./ 19.1.2016

- Hilke berichtet, dass durch eine Anfrage von ihr die AGG-Beauftragten in den Senatorischen Behörden „aktiviert“ wurden und dann insgesamt 5 an der von ADA organisierten Fortbildung teilgenommen haben. Viele der Beauftragten sind neu im Amt, die Fortbildung war ein guter Impuls sich fachlich fortzubilden und zu vernetzen. Als direkter Output planen die AGG-Beauftragten + Hilke jetzt einen gemeinsamen Handlungsleitfaden für den Umgang mit Beschwerden.
- Insgesamt wurde die Fortbildung interessant und positiv für den Kontakt der Netzwerkmitglieder untereinander bewertet.

Rat und Tat:

Rat und Tat ist gegen eine Veranstaltung der Philosophischen Gesellschaft am 23.2.16 in der Stadtwaage mit dem Titel "Diskriminierung tut not - Ein (partielles) Plädoyer gegen die "Homo - Ehe" durch eine Pressemeldung, eine Mail an Axel Toth (Senatorin für Soziales/ Angelegenheiten gleichgeschlechtlicher Lebensweisen) und Briefe an Frau Stahmann und die Philosophische Gesellschaft aktiv geworden.

ADE

- Die ADE hat im Januar in Kooperation mit der Konrektorin für Internationalität und Diversität eine Reflexionswerkstatt zur Verbesserung des universitären Umgangs mit Diskriminierungsbeschwerden von Studierenden durchgeführt. Sie war mit 37 von 40 eingeladenen und bereits im Alltag mit Diskriminierungsbeschwerden von Studierenden befassten „Expert_innen“ gut besucht. Ziel war es, auf der Basis einer Bestandsaufnahme aus den unterschiedlichen Bereichen (Rechtstelle, Beratung, Lehre, Studierende) Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Kooperation und Vernetzung des universitären Umgangs mit Diskriminierungsbeschwerden von Studierenden zu entwickeln.
- Derzeit findet auf Initiative von ZGF, GPR und ADE eine Überarbeitung der „DV zu sexualisierter Diskriminierung des Landes Bremen“ statt. Diese soll Stolperfallen in der alten DV beseitigen, die Weiterentwicklung des Themas (z.B. Inklusion von Trans* und Inter*Menschen) berücksichtigen und Standards zum Umgang mit Beschwerden setzen. Ein abgestimmter Entwurf wird demnächst der Senatorin für Finanzen vorgelegt.
- Vermutlich ausgelöst durch Hilkes Abfrage nach den Beschwerdestellen im ÖD wurde Ursel um eine Stellungnahme für die Landesrektorenkonferenz gebeten, inwieweit die Beschwerdestellen der Hochschulen zentral bei der Senatorischen Behörde oder dezentral in den Hochschulen angesiedelt sein sollen. Ergebnis war ein klares Votum gegen eine zentrale Stelle.

ZGF:

- Bärbel berichtet von einer bundesweite Aktion der Zentralen Informationsstellen der Autonomen Frauenhäuser (ZIF), bei der auch in Bremen mit einer öffentlichen Aktion für eine feste Sockelfinanzierung (bzw. eine Ausweitung derselben) für die Frauenhäuser

geworben wird.

- Die Debatte zu den sexualisierten Übergriffen in der Silvesternacht in Köln hat auch in Bremen hohe Wellen geschlagen u.a. in einer stark polarisierten und rassistisch geprägten Diskussion in der Bürgerschaft zur Verschärfung des Sexualstrafrechts und in einem Shitstorm als Reaktion auf ein Interview von Ulrike Hauffe im Weserkurier. Während es zum Teil Appelle von Migrant_innen gab, patriarchale Strukturen in den Migrantengemeinschaften in der Diskussion deutlich zu benennen, gilt es auf der anderen Seite deutlich Stellung gegen eine rassifizierende Vereinnahmung des Themas zu beziehen.
- Ein gerade wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit von Bärbel und ihrer Kollegin Margaretha Kurmann (Gewalt gegen Frauen) ist die Entwicklung eines Schutzkonzeptes für geflohene Frauen, das in Zusammenarbeit mit dem Präventionszentrum der Polizei entwickelt wird und Teil des Integrationskonzeptes werden soll.

ADA:

- Sewita berichtet von einer deutlichen Zunahme von Beratungsanfragen von Menschen, die zum Teil schon lange in Deutschland leben, aber nun deutliche Veränderungen im Umgang wahrnehmen und um ihren Status fürchten. Dabei sind auch die typischen Spaltungsmechanismen („gute Migranten“ - böse Migranten“) als Ergebnis des gesellschaftlichen und medialen Diskurses zu beobachten.
- Seit den Veranstaltungen im Herbst zu Beschwerdestellen gibt es viele Anfragen an ADA für Fortbildungen zum Thema in Unternehmen. Gemeldet hat sich auch ein großes Unternehmen in der Region.
- ADA plant am 6. Juni am Diversity-Tag eine Veranstaltung zum AGG, bei der im Vordergrund steht, wie sich Betroffene am Arbeitsplatz auf ihre Rechte berufen können.

2. Vorschlag von ADA zur Schaffung einer Koordinierungsstelle des Netzwerks

Anfang 2016 eröffnete sich in Gesprächen zwischen einzelnen Netzwerkmitgliedern und dem IQ-Netzwerk Bremen (über das ADA finanziert wird) die Möglichkeit, für 2016 einmalig Geldmittel in Form einer halben Personalstelle (ab März 2016) für die Koordinierung des Netzwerkes zur Verfügung gestellt zu bekommen. Da das jedoch über einen Teilprojektspartner von IQ laufen musste, wurde Arbeit und Leben Bremen als Träger von ADA angefragt, diese Mittel zu nutzen und eine entsprechende Personalkapazität bereit zu stellen. Die mündliche Zusage für diese Projektmittel kamen 1,5 Tage vor der Netzwerksitzung. Sewita stellt nun in der Sitzung zur Diskussion, ob und unter welchen Voraussetzungen das Netzwerk, das Angebot einer hauptamtlichen Koordination des Netzwerkes durch Arbeit und Leben in Person von Sewita Mebrahtu annimmt.

In der Diskussion wird deutlich, dass es trotz der zum Teil geäußerten Kritik, als Netzwerk nicht frühzeitiger in die Überlegungen zwischen Hilke Wiezoreck, ADA/ Arbeit und Leben und dem IQ-Netzwerk einbezogen worden zu sein, eine grundsätzliche Zustimmung gibt, die dadurch entstehende Chance einer hauptamtlichen Koordination des Netzwerkes zu nutzen. Dass Sewita diese Aufgabe übernehmen soll, wird von allen Anwesenden ausdrücklich begrüßt.

Kontrovers diskutiert wird, inwieweit eine klare Trennung von Sewita in der Doppelrolle als ADA-Mitarbeiterin und damit Netzwerkpartnerin und als Koordinatorin des Netzwerkes (formal Arbeit und Leben) realistisch ist. Hilfreich ist dabei nach Erfahrungen von einzelnen Anwesenden mit solchen Doppelrollen Transparenz und eine offene Diskussionskultur.

Eher fragend wird diskutiert, inwieweit durch die relativ viel erscheinenden Ressourcen der Koordinierungsstelle zu einem Ungleichgewicht im Hinblick auf die fehlenden Ressourcen der Mitglieder für die gemeinsame Netzwerkarbeit entsteht, wie es zum Teil schon im Rahmen des

ADS-Projektes zu beobachten war.

Die Laufzeit des Projektes ist zunächst bis zum Jahresende. Dies kann auch zur Erprobung genutzt werden. Eine Fortsetzung ist nicht unwahrscheinlich, soll aber nochmals thematisiert werden.

Auf folgende Aufgaben für die Netzwerkkoordination haben sich die Anwesenden geeinigt (u.a. Flipchartmitschrift)

Aufgaben nach innen:

- gemeinsame Klärung des Selbstverständnisses des Netzwerkes auch in Bezug auf die Koordinationsstelle und der Regeln für eine Zusammenarbeit
- Koordinierung von Diskussionen und Positionen
- Aktivierung von stillen und neuen Mitgliedern
- Koordinierung der Netzwerktreffen

Aufgaben nach außen:

- Im Bereich Öffentlichkeit: Aktualisierung der Homepage/des Flyers/
- Infos entgegennehmen und weiterleiten
- Anfragen von außen koordinieren ⇒ keine eigenständigen Statements im Namen des Netzwerkes (keine Sprecher_innen oder Geschäftsstellenfunktion)

Da das Netzwerk aus unterschiedlichen Beratungseinrichtungen mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten/Positionen besteht, sind Statements wie auch andere öffentliche/politische Kundgebungen nach außen ausdrücklich nicht gewünschter Teil der Aufgaben der Koordinierungsstelle erfasst, sofern es nicht anders vom Netzwerk gewollt und initiiert wird.

Zur nächsten Sitzung wird Sewita als neue Koordinatorin einladen!

3. Aktueller Stand Veranstaltung(en) zum Thema „10 Jahre AGG“ in 2016

LBB:

Der Landesbehindertenbeauftragte wird gemeinsam mit dem Bremer Institut für Gender-, Arbeits- und Sozialrecht (BIGAS) am 7. September von 17 - 20 Uhr im Haus der Wissenschaft eine Veranstaltung zu „Zehn Jahre AGG - eine Bilanz und ein Ausblick unter besonderer Berücksichtigung der Behindertenrechtskonvention und des Rechts der EU“ (derzeitiger Arbeitstitel) durchführen. Der Schwerpunkt liegt im Bereich Behinderung und der Frage, in wieweit die UN-BRK verstärkt im europäischen Privatrecht in Zukunft an Bedeutung gewinnen kann.

Das Büro des LBB hat dem Netzwerk angeboten mit dem Satz „Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem Bremer Netzwerk gegen Diskriminierung durchgeführt“ als Kooperationspartner zu fungieren. Eine Zustimmung der einzelnen Mitglieder wurde bis zum 15. März per Email abgefragt.

Referat Integrationspolitik:

Das Referat wird das Programm der 5. Bremer Integrationswoche vom 5.-10. September koordinieren. Hilke fände es toll, wenn es innerhalb der Woche einen Thementag zu Diskriminierung/10 Jahre AGG gäbe und lädt die Netzwerkpartner ein, sich hier inhaltlich einzubringen.

Ein Informations- und Austauschtreffen zur Bremer Integrationswoche fand am 11. 4.16 statt.

4. Sonstiges

- Caro fragt an, wie in anderen Einrichtungen Dolmetscher_innen für die Arbeit mit Geflüchteten oder Migrant_innen finanziert werden. Wenn es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt, werden die Mittel finanziert, sonst nicht. Eine Finanzierung von

- Dolmetschdiensten für Geflüchtete soll ins Integrationskonzept aufgenommen werden.
- Das Jobcenter hat gerade Flyer zur Finanzierung von Dolmetschdiensten veröffentlicht, wenn Beratungen im Jobcenter wahrgenommen werden.
 - Der ursprünglich beim Gesundheitsamt angesiedelte Pool von Dolmetscher_innen wird nun von Performa Nord verwaltet. In der letzten Zeit kommt es immer wieder zu Engpässen weil zu viele Dolmetscher z.B. vom Jobcenter angefragt werden, berichtet Almut aus dem AK Gewalt gegen Frauen.
 - Kai Baumann berichtet, dass von den unterschiedlichen Verbänden jetzt das Thema Geflüchtete und Behinderung aufgegriffen wird.
 - Eine eigene Gruppe sind geistig beeinträchtigte Geflüchtete, die in Unterkünften leben und nur schwer zu erreichen sind. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 40 % der Geflüchteten u.a. aufgrund posttraumatischer Belastungsstörungen von psychischen Erkrankungen betroffen sind/ sein werden.

5. Nächster Termin

25.05.2016 von 13.30 - 16.00 Uhr im DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28, Sitzungsraum 1 (1.Etage)

Protokoll: Almut Dietrich